

Postulat 366

Keine «Zugisierung» in der Stadt Luzern

Elias Steiner und Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion sowie Simon Roth namens der SP-Fraktion vom 3. Mai 2024

Drei Jahre in Folge (2023, 2024, 2025) soll nun der Steuerfuss in der Stadt Luzern um 1/20 gesenkt werden. Zudem sind weitere kantonale Steuersenkungen erfolgt oder in Planung. Die Stadt Luzern ist im schweizweit steuergünstigen Kanton Luzern inzwischen in den Top 10 der steuergünstigsten Gemeinden.

Während die Frage der Steuerpolitik im Parlament und in der Öffentlichkeit rund um das (mittelfristige) Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben heftige Debatten auslöst, waren indirekte Effekte von Steuersenkungen bisher kaum ein Thema.

Gleichzeitig dreht sich eine zweite – möglicherweise noch intensivere – Debatte um die steigenden Mietpreise und den Schutz von «zahlbarem» Wohnraum in der Stadt Luzern. Wie stark zwischen den beiden Entwicklungen ein Zusammenhang besteht, ist eine interessante Frage.

Die klassische ökonomische Theorie würde voraussagen, dass, wenn die Steuern sinken, sich zunehmend zahlungskräftige Menschen in der Stadt niederlassen wollen. Dies erhöht einerseits die Nachfrage nach Wohnraum im Allgemeinen und erhöht gleichzeitig die Zahlungsbereitschaft für diesen. Gleichzeitig soll ein niedriger Steuersatz für juristische Personen zur Ansiedlung von Firmen führen, welche wiederum Personal benötigen. Dieses Personal wird zum Teil Wohnraum in der Stadt nachfragen. Beide Effekte führen zu erhöhtem Druck auf dem Wohnungsmarkt und zu höheren Mietpreisen.

Genau diese Effekte sind in Kanton und Stadt Zug mutmasslich seit längerem beobachtbar. Immer mehr reiche und gutverdienende Personen ziehen zu und sind bereit, hohe Mieten zu zahlen, was zu insgesamt steigenden Mietpreisen führt. Die normalverdienende und langjährig ansässige Bevölkerung wird immer mehr verdrängt, da zahlbarer Wohnraum weder zur Miete noch als Eigentum zu finden ist. Eine solche Dynamik gilt es in der Stadt Luzern frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Die Postulanten regen den Stadtrat deshalb an, eine wissenschaftliche Studie zu dieser Thematik für die Situation der Stadt Luzern in Auftrag zu geben. Sie soll aufzeigen, ob eine solche Dynamik bereits im Gang ist oder zunehmend eintreten könnte. Sie soll auch auf die Frage eingehen, welche Faktoren in der Stadt Luzern eine solche Dynamik besonders begünstigen könnten und welche davor schützen.

Zudem soll auch erörtert werden, welche Möglichkeiten die Stadt Luzern hat, um die Bevölkerung vor diesen nicht beabsichtigten Auswirkungen zu schützen.